

M B I

Mülheim, den 26. Februar 2005

Frau OB Mühlenfeld, auch SPD-Vorsitzende, Aufsichtsratsvorsitzende MWB, Aufsichtsratsvorsitzende MEDL, Aufsichtsratsvorsitzende M&B, Aufsichtsratsvorsitzende Flughafen AG, Vorsitzende des Rennverein Raffelberg, Geschäftsführerin der MST, Mitglied im Aufsichtsrat BHM, bis Nov. auch RWW, Mitglied im Kreditausschuss der Sparkasse, Mitglied im Beirat der Leonhard-Stinnes-Stiftung, der Coupienne- und Rosorius-Stiftung uswuswuf., ist seit Jahresbeginn auch im erlauchten Aufsichtsrat der RWE Holding!



Frau OB, nun ist es amtlich: Aufsichtsratsgelder gehören der Stadt!

Mülheim/Ruhr hat ein dickes Paket RWE-Aktien. Deshalb vertritt die Mülheimer Oberbürgermeisterin Frau Mühlenfeld unsere Stadt auch im VKA, dem Verband der kommunalen (RWE-)Aktionäre. Der VKA hat Frau Mühlenfeld als Nachfolgerin für den Oberhausener ex-OB Drescher im Aufsichtsrat der RWE AG bestimmt. Weder der Rat der Stadt, noch die Öffentlichkeit wurden darüber informiert, geschweige denn um Zustimmung gefragt.

Erst ein Hinweis aus einer Nachbarstadt brachte die MBI dazu, offiziell in einer Ratsitzung nachzufragen. Die OB musste es notgedrungen zugeben und sie ließ

das Mülheimer Rechtsamt schnell eine Stellungnahme verfassen, wonach die OB als Privatperson im RWE-Aufsichtsrat säße. Deshalb brauche sie die Vergütungen auch nicht abzuführen. Aufgrund der aufkeimenden Kritik verkündete die OB dann, sie wolle die Gelder spenden, z.B. für eine noch zu gründende Sommerakademie für Hochbegabte o.ä.. Das aber könne sie erst nach ihrer Steuererklärung uswusf.. **107.000 Euro p.a. erhielt ihr Vorgänger, Oberhausens ex-OB Drescher für 2004 alleine vom RWE! So viel weniger dürfte Frau Mühlenfeld für 2005 nicht erhalten, ob mit oder ohne Stromdeputat ist noch unbeantwortet!**

Den MBI-EILANTRAG im Rat der Stadt am 24. Feb., der OB zu empfehlen, ihre Bezüge aus der RWE AG – Aufsichtsrats-tätigkeit, nach Abzug der eigenen Kosten, an die Stadt Mülheim zu überweisen, stimmten SPD, CDU und FDP von der Tagesordnung, weil angeblich nicht eilbedürftig!

Nur 6000 Euro für die OB

WAZ Düsseldorf, 26.02.2005 von Peter Szymaniak

Bürgermeister dürfen nun doch nicht sämtliche Einkünfte für Aufsichtsrats- und Gremienposten bei RWE-Unternehmen und bei den Sparkassenverbänden für sich behalten. **Nach einem neuen der WAZ vorliegenden Erlass des NRW-Innenministeriums dürfen Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte nicht mehr als insgesamt 6000 Euro an jährlichen Einkünften aus ihren Nebentätigkeiten kassieren. Höhere Einkünfte müssen an die Gemeinde abgeführt werden.** Damit stellt Behrens schneller als erwartet in einem neuen Erlass die Nebenverdienst-Rechtslage für Bürgermeister klar. Die herrschende Rechtslage wurde bisher in den Städten unterschiedlich interpretiert: Etliche hauptamtliche Bürgermeister glaubten, es sei rechtlich einwandfrei, Gelder aus Tätigkeiten bei RWE-Regionalbeiräten, RWE-Aufsichtsräten und Sparkassenverbands-Gremien vollständig für sich einzunehmen.

Die Diskussion um die Nebentätigkeiten von Oberbürgermeistern war mit dem Ex-Gelsenkirchener OB Oliver Wittke aufgekommen.



Vielleicht ein andermal, Frau Mühlenfeld!

Das ham'se nun davon, jetzt müssen auch noch Gelder von Spasskasse, RWW, M&B, Flughafen, Rennverein und wer weiß, was noch alles, abgeführt werden, bis halt auf die 6000 Euro - immerhin noch mehr als 1 gesamtes Jahres-ALGII-Almosen! Und auch Dr. J.B. wird nachzahlen müssen!

Die Nummer war echt nicht gut, die ex- und noch-OB abgezogen haben!

Apropos Frau OB Mühlenfeld: „Mit Kopf und Herz für Mülheim“ hatten wir uns anders vorgestellt! Nun heißt es Sitzen und Abführen für Mülheim. Vielleicht machen dann demnächst ganz so viele Pöstchen ja auch nicht mehr ganz so viel Spaß?